

## Jahresbericht 2019

### I. Prioritäten

Nachdem am 28. November 2018 die Volksinitiative „Schweizer Recht statt fremde Richter“ deutlich abgelehnt worden war, sah der Vorstand die Voraussetzung gegeben, aus der Defensive herauszukommen und Zielvorstellungen zur Weiterentwicklung von Rechtsstaat und Grundrechten zu entwickeln. Zu unseren Aufgaben gehört aber auch die argumentative Vorbereitung auf die Volksabstimmung über die „Burkainitiative“.

Der Vorstand führte eine Prioritätendiskussion, bei der folgende Themen in den Vordergrund rückten:

- Burkainitiative
- Digitalisierung und Grundrechte
- Strafrechtsharmonisierung
- Umsetzung der Ausschaffungsinitiative
- Unabhängigkeit der Justiz

Die Priorisierung soll in den Texten, die wir verfassen und verbreiten, sichtbar werden. Betreffend Burkainitiative sowie Digitalisierung und Grundrechte sind Abklärungen im Hinblick auf Veranstaltungen und Workshops im Gang.

#### *Vom Schweizerischen Kompetenzzentrum für Menschenrechte zur Nationalen Menschenrechts-Institution*

Mit unseren Publikationen setzten wir unseren Einsatz für die Schaffung einer Nationalen Menschenrechts-Institution fort. Nationalrätin Rosmarie Quadranti reichte eine Motion für die Schaffung der nationalen Menschenrechtsinstitution und Übergangslösung unter Beibehaltung des Status quo mit dem Schweizerischen Kompetenzzentrum für Menschenrechte» ein (inzwischen übernommen von Martin Landolt). Der Bundesrat beantragt ihre Annahme.

Erfreulicherweise überwies der Bundesrat im Dezember denn auch eine Botschaft für die Gesetzesgrundlage einer Nationalen Menschenrechts-Institution ans Parlament. Umstritten ist vor allem der jährliche Bundesbeitrag an das NMRI. Die vorgesehene Million wird von den Kreisen, die sich für die NMRI einsetzen, als viel zu klein erachtet, um eine unabhängige Tätigkeit zu ermöglichen.

#### *Konzernverantwortungsinitiative, Gegenentwurf*

Unsere Beschäftigung mit der Konzernverantwortungsinitiative geht auf die Jahreskonferenz 2017 zurück, an der sie durch alt Ständerat Dick Marty präsentiert und kommentiert wurde. Die Erarbeitung eines griffigen Gegenentwurfs erschien als wünschenswert. In der Folge

begleitete Unser Recht die diesbezügliche Auseinandersetzung durch kontinuierliche Veröffentlichung aktueller Texte.

### *Justizinitiative*

Im Berichtsjahr kam die Eidgenössische Volksinitiative «Bestimmung der Bundesrichterinnen und Bundesrichter im Losverfahren (Justiz-Initiative)» zustande. Wir wiesen auf eine Stellungnahme von alt Bundesrichter Niccolò Raselli hin, in der er sich für einen Gegenvorschlag ausspricht. Die Behandlung dieser Initiative wird Gelegenheit zum Einsatz für unser prioritäres Anliegen der Unabhängigkeit der Justiz geben.

### *Eidgenössische Wahlen*

Von den kandidierenden Mitgliedern von Unser Recht wurden Hans Stöckli (SP, Bern) in den Ständerat, Vorstandsmitglied Beat Flach (GLP, Aargau), Kurt Fluri (FDP, Solothurn), Balthasar Glättli (Grüne, Zürich), Martin Landolt (BDP, GL) und Christa Markwalder (FDP, Bern) in den Nationalrat wiedergewählt.

## **II. Weitere wichtige Themen anhand von Beiträgen bei [www.Unser-Recht.ch](http://www.Unser-Recht.ch)**

- Revision des Bundesgerichtsgesetzes: Streichung der subsidiären Verfassungsbeschwerde? (23.1.)
- Mehr, höhere und längere Freiheitsstrafen: Der Trend wirkt sich in den Gefängnissen aus. (10.2.)
- Sind die Verbote im neuen Genfer Laïcité-Gesetz, religiöse Symbole zu tragen, grundrechtskonform? (10.2.)
- Was ist strafwürdig? Drei umstrittene Revisionsvorhaben im Kontext. (25.2.)
- Bericht des Bundesrates über die Menschenrechts-Aussenpolitik der Schweiz 2015-2018 (25.2.)
- Im Fall Saudiarabien weckt der Bundesrat Zweifel an der schweizerischen Menschenrechtspolitik. (10.3.)
- Soll die Schweiz JihadistInnen in Länder mit Folter und Todesstrafe ausschaffen? (21.3.)
- Aus der Grundsatzdebatte über die Rolle des Staates bei der elektronischen Identifizierung. (22.3.)
- AHV-Steuervorlage provoziert Debatte: Einheit der Materie – ein „Kompromissverbot“? (31.3.)
- Wann sollen Volksinitiativen zu Vertragskündigungen führen? (19.4.)
- EMRK: Wirkungsschwache Staatenbeschwerde. Organbeschwerde einführen? (23.4.)
- LGBTI-Menschen werden in Gefängnissen mehr als andere zu Gewaltopfern. (2.5.)
- Schwyz: Ja zum Transparenzgesetz- lieber ein schwaches als keines. (21.5.)
- Wie der Bundesrat unsere Privatsphäre vor Sozialdetektiven schützen will. (10.6.)
- Weshalb tagen Zwangsmassnahmengerichte unter Ausschluss der Öffentlichkeit? (10.6.)
- Hinterfragung der SVP-Kritik an der Landesverweisungspraxis (27.6.)
- Nach der Entlassung der Sea-Watch-Kapitänin aus der Haft (4.7.)
- Verschärfung des Sexualstrafrechts – bis zur Umkehr der Beweislast? (12.7.)
- Eigenmächtige Suizidassistenz (12.7.)
- Debatte über die subsidiäre Verfassungsbeschwerde neu lanciert. (26.7.)

- SVP-Fraktionschef: Nicht linientreue Richter sollen durch andere Parteien übernommen werden. (5.8.)
- Justiz-Initiative: Zulassungsverfahren, Losverfahren, Abberufungsverfahren (5.8.)
- Soll Sozialhilfe nicht mehr zu den besonders schützenswerten Personendaten gehören? (23.8.)
- Wie verhält sich das Reiseverbot für vorläufig Aufgenommene zum Rückführungsziel? (23.8.)
- Strafrechtliche Abteilung des BGer beansprucht EuGH-unabhängige Auslegung des FZA (6.9.)
- Neue Asylinitiative aus SVP-Kreisen (18.9.)
- Eine Standesinitiative verlangt, die Verjährung schwerster Straftaten abzuschaffen (25.9.)
- Schutz und Gleichstellung geflüchteter Frauen sind nicht garantiert. (16.10.)
- UNO-Sonderbeauftragter warnt vor menschenrechtsfreien Zonen im Algorithmen-gesteuerten Sozialstaat (18.10.)
- Imame überwachen, Moscheen schliessen – und ein Vorschlag eines Religionswissenschaftlers (30.10.)
- Die wachsende Zahl von Strafgefangenen hat Auswirkungen in den Gefängnissen (30.10.)
- Umsetzung der UNO-Behindertenrechtskonvention in der Schweiz (5.11.)
- NGO-Plattform Menschenrechte Schweiz zu den neuen Antiterror-Gesetzen (5.11.)
- Seenotrettung: Neue Erkenntnisse – völkerrechtliches Prinzip. (25.11.)
- Die Uiguren-Lager erfordern Grundsatzdiskussion und Entscheid über internationale Menschenrechtspolitik. (28.11.)
- Wie bearbeitet der Nachrichtendienst des Bundes Informationen über politische Tätigkeit? (5.12.)
- Eine Charta für digitale Grundrechte. (10.12.)
- Gesetzgebung und Volksinitiativen: Von der Durchsetzungs- zur Konzernverantwortungsinitiative. (20.12.)

### III. Vereinsentwicklung

#### *Mitgliederversammlung und Jahreskonferenz 2019*

Die ordentliche Mitgliederversammlung des Vereins „Unser Recht fand am Dienstag, 21. Mai, in Bern statt. Erstmals verzichteten wir auf einen abgetrennten zweiten, politischen Teil. Politische Themen kamen bei den statutarischen Traktanden zur Sprache.

Die Mitgliederversammlung wählte Dr. Dominik Elser, Dr. Elisa Ravasi und Dr. Stefan Schlegel in den Vorstand. Vor der Wahl äussern sie ihre Sicht auf die Aufgaben, die Bedingungen und die künftigen Tätigkeiten unseres Vereins.

Flavia Kleiner stellte die Plattform Schweiz-Europa (PSE) vor, die sie im Ko-Präsidium mit alt Staatssekretär Jean-Daniel Gerber leitet. Unter dem frischen Eindruck, dass Europa vorrangig ein Menschenrechtsraum sein muss und wir deshalb die Initiative «Schweizer Recht statt fremde Richter» mit Unterstützung europapolitisch engagierten Organisationen bekämpft hatten, stimmte die Mitgliederversammlung dem Beitritt des Vereins «Unser Recht» zur PSE zu.

Bericht von der Mitgliederversammlung: <https://www.unser-recht.ch/wp-content/uploads/2019/08/Bericht-Mitgliederversammlung-20191.pdf>

### *Partnerschaftsbeziehungen in die italienischsprachige Schweiz*

«Unser Recht» strebt Zusammenarbeitsbeziehungen mit Personen und Gruppen in der italienischsprachigen Schweiz an, die ähnliche Haltungen einnehmen und Ziele verfolgen. In diesem Zusammenhang besuchten zwei Vorstandsmitglieder das Film Festival Diritti Umani in Lugano und berichteten auf der Homepage und mit dem Newsletter darüber. Die Aufnahme von Kontakten geht weiter.

### *Absicht, eine teilzeitlich tätige Geschäftsleitung einzuführen*

Im Hinblick auf die für 2021 vorgesehene Ablösung im Präsidium wird die Schaffung einer teilzeitlich tätigen Geschäftsleitung vorgesehen, die das neue Präsidium unterstützt und von administrativer und redaktioneller Arbeit entlastet. Deren Finanzierung müsste aber für die ersten drei Betriebsjahre gesichert sein.

### *Mitgliedschaft*

Der Verein „Unser Recht“ hat 189 Einzelmitglieder (Vorjahr 201) und 3 Kollektivmitglieder (unverändert). (Stichtag Redaktionsschluss des Jahresberichts.)

### *Informationsarbeit*

„Unser Recht“ verbreitete 124 Texte (2018: 232; 2017: 119) mit dem E-Mail-Newsletter und auf der Homepage. 448 Personen (Vorjahr 460) haben den Newsletter abonniert. 908 (Vorjahr: 897) Personen werden tagesaktuell über die Facebook-Seite informiert, 851 auf Twitter (Vorjahr: 730) (Stichtag: Redaktionsschluss des Jahresberichts.)

*Ulrich Gut, Präsident des Vereins „Unser Recht“*